

Jürgen Mistol, MdL

Klima, Krieg, Zeitenwende:

Wo sind die frohen Botschaften für die Baubranche?

Landesversammlung

Verband beratender Ingenieure (VBI) Bayern

24. Juni 2022

Herr Dr. Müller,

Herr Dr. Weigl und alle Kollegen vom Vorstand,

sehr geehrte Damen und Herren,

Krisen, Krisen, und kein Ende!? Erst Corona-Pandemie, dann Russland-Krieg und nun Inflation. Und der Klimawandel schreitet ungebremst voran. Gefühlt befinden wir uns in einer gesellschaftlich-politischen **Dauerkrise**. Doch Krisen, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft erschüttern, gab es schon immer. Und Krise ist nicht gleich Krise. Wirft man einen Blick auf die Herkunft des Begriffes, ist er doch ambivalent. **Krise** ist

ein aus dem Griechischen stammendes Substantiv, ursprünglich ‚Meinung‘, ‚Beurteilung‘, ‚Entscheidung‘ bedeutend, später im Sinne von ‚Zuspitzung‘ verwendet, das zum altgriechischen Verb ‚**krínein**‘ führt, welches ‚trennen‘ und ‚unterscheiden‘ bedeutet. Auf das gleiche Verb geht übrigens auch das Substantiv ‚Kritik‘ zurück. Im deutschen Sprachgebrauch taucht es im 16. Jahrhundert in medizinischen Zusammenhängen auf. Und zwar auch heute noch in der Bedeutung „**kritischer Wendepunkt** bei einem Krankheitsverlauf“. Jede Krise – und das ist schon die erste frohe Botschaft – bietet damit auch immer eine Chance für positive Veränderungen.

Auch wenn die **Corona-Pandemie** jeder und jedem Einzelnen in den nun schon mehr als zwei Jahre individuell mal mehr oder weniger viel abgerungen hat, – das Leid, einen Angehörigen zu verlieren, existenzielle Sorgen und Nöte, ein Gesundheitssystem am Limit, sowie der Verzicht auf selbstverständliche Freiheiten – so gibt es doch positive Aspekte, die wir mitnehmen und als **Chance für positive Veränderungen** begreifen können und müssen. Plötzlich realisierten wir, dass wir uns auch anders durch die Stadt fortbewegen, anders Urlaub

machen, anders kommunizieren und vor allem anders arbeiten können. Die **Digitalisierung** hat in Bereichen wie Bildung, Verwaltung, Wirtschaft und Arbeitswelt vieles möglich gemacht. Das mobile Arbeiten wird auch nach der Pandemie nicht mehr aus unserem Arbeitsalltag wegzudenken sein. Viele Menschen, die während des Lockdowns aus der Enge ihrer Stadtwohnung in Ferienhäuser oder zu den Eltern aufs Land gezogen sind, haben gemerkt, dass sie so eigentlich auch oder sogar besser leben könnten. Mit einer schnellen Internetverbindung lässt sich ein Großteil der Büroarbeit auch von zu Hause erledigen, und für zwei Bürotage pro Woche würden viele auch 100 Kilometer Arbeitsweg in Kauf nehmen. Eine Chance, den in den letzten Jahrzehnten abgehängten ländlichen Raum zu beleben?

Umgekehrt stehen viele Büro- und Gewerbeflächen in Städten zur Disposition und müssen neu gedacht werden. Das Zurückfahren des öffentlichen Lebens hat zudem der Umwelt eine kurze Verschnaufpause beschert, indem zumindest von heute auf morgen der CO₂-Ausstoß verringert wurde. Laut einer Studie des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) wurde 2020 weltweit mehr

als eine Milliarde Tonnen weniger CO₂ in die Atmosphäre geblasen als im Vorjahr. Das allein kann das Klima nicht retten und blieb auch nur eine Momentaufnahme. Gleichzeitig ist während Corona die Klimakrise in den Hintergrund gedrängt worden. Die Corona-Pandemie hat rasant und mit aller Wucht die Welt aus den Angeln gehoben. Mit bislang deutschlandweit bislang gut 27 Mio. Infektionen und etwa 140.000 Todesopfern.

Meine Damen und Herren,

Sie wundern sich, dass ich als Grüner jetzt bei der Beschreibung der Krisen mit Corona begonnen, und nicht mit der Klimakrise. Die Corona-Pandemie haben wir – oder zumindest viele von uns – gefühlt schon ziemlich abgehakt. Wir werden sehen, ob dieser Optimismus gerechtfertigt ist?

Aber eigentlich hätte ich auch allen Grund gehabt, mit **Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine** zu beginnen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen als Ingenieurinnen und Ingenieure geht, wenn sie die von russischen Truppen zerbombten Städte sehen? Die gezielte Zerstörung von

Wohngebäuden und Baudenkmalern, um die Ukrainerinnen und Ukrainer ihrer gebauten Identität zu berauben. Und wenn wir an die Menschen denken, die Bombenangriffen und Minenfeldern ausgesetzt sind, die verletzt, verwundet, vergewaltigt werden, Folter und Tod ausgesetzt sind. In einem Staat, in dem geografisch die Mitte unseres Kontinents verortet ist und dessen Grenze näher an Bayern liegt als die Grenze zu Spanien.

Der Krieg ist so nah wie schon lange nicht mehr. Und er betrifft uns auch wie schon lange nicht mehr. Der Krieg in der Ukraine ist ein Angriff Russlands auf die freie Welt, auf die Demokratie, auf uns. In der Ukraine wird er militärisch und auf barbarische Weise geführt, gegen uns wird er wirtschaftlich geführt. Und vielleicht haben einige von Ihnen Robert **Habecks** Rede beim BDI vor wenigen Tagen gehört. Ich habe nur Ausschnitte gehört beziehungsweise davon gelesen. Habeck hat die durch Russland reduzierten Gaslieferungen sehr deutlich auch als ökonomischen **Angriff auf Deutschland** gewertet. Das sei eine andere Dimension als bisher und das Muster sei erkennbar. Russlands Präsident Wladimir Putin wolle immer wieder Ängste schüren, unter anderem vor Armut.

Wir reden darüber, dass der Angriff mit Energie als Waffe gegen uns geführt wird. So werde die Menge an Gas reduziert, um die Preise hochzutreiben. Diese Strategie darf nicht erfolgreich sein, sagte der Minister. Putin wolle damit in Europa und in Deutschland eine Debatte auslösen über Angst, etwa vor materiellen Verlusten - um am Ende eine Debatte auszulösen, ob man ihn in der Ukraine nicht gewähren lassen solle. Und ich kann Ihnen sagen, **Putins Freunde – die AfD** – führen diese Debatte, das konnten wir vorgestern im Bayerischen Landtag live miterleben.

Es rächt sich, dass wir in letzten Jahren in Deutschland in den letzten Jahren noch stärker **von russischen Energieexporten abhängig** gemacht haben. 90 Prozent des in Bayern verbrauchten Gases kommt aus Russland. Es sind die Versäumnisse der letzten 10 bis 15 Jahren, die uns jetzt in Bedrängnis bringen, und zwar nicht nur die politische Abhängigkeit von Russland, sondern auch die Bereitschaft, Alternativen zu schaffen. Wie anders stünden wir da, wenn wir die letzten Jahre in der Energieeffizienz, beim Energiesparen und beim Ausbau der Erneuerbaren wirklich massiv vorangegangen

wären? Das rächt sich jetzt und muss mit großer Geschwindigkeit aufgeholt werden. So Robert Habeck. Und ich finde, als Grüner darf man das auch mal deutlich aussprechen.

Auch im Baubereich sorgen die Folgen des Krieges um die Ukraine für eine sehr pessimistische Haltung. Materialengpässe, mittlerweile unvorhersagbare **Preissteigerungen** von 35 bis 100 Prozent, vor allem bei Stahl und Beton, sind dafür die Hauptursachen. Der Krieg in der Ukraine legt dabei die engen **Lieferketten** und **Abhängigkeiten** von ausländischen Unternehmen klar offen. Besonders jetzt müssen wir uns intensiv Gedanken machen, mit welcher **Rohstoffstrategie** wir national als auch mit den Staaten, auf die wir uns verlassen können, fortfahren wollen, wie wir mit dem, was wir haben, besser auskommen und wie wir besser beim **Recycling** werden.

Meine Damen, meine Herren, Russlands Angriffskrieg ist sehr sichtbar und hat uns schnell erreicht. Der Klimawandel hingegen schreitet langsamer voran, wird aber wohl noch weit drastischere Folgen haben, wenn wir

nicht massiv gegensteuern. Denn Fakt ist: Die **Klimakrise hat uns längst eingeholt**. Seit Jahrzehnten wissen wir um die Bedrohung durch die Klimakrise. Die warnenden Voraussagen der Wissenschaft wurden fast immer von der Realität bestätigt oder sogar traurigerweise übertroffen. Das Abkommen von Paris aus dem Jahr 2015 war daher ohne Frage ein wegweisender Richtungswechsel. Doch seine Vorgeschichte reicht bis in die 1990er Jahre zurück. Bereits auf den Weltgipfeln in Rio de Janeiro 1992 und 1997 in Kyoto hat die Staatengemeinschaft die globale Erwärmung als ernstes Problem erkannt und sich zum Handeln verpflichtet – so auch Deutschland.

30 Jahre hat es dann doch gedauert, bis das Bundesverfassungsgericht inmitten der Corona-Pandemie im April 2021 dem Klimaschutz in unserem Land die Bedeutung zugesprochen, die ihm gebührt. Ein wahrlich historisches Urteil in stürmischen Zeiten. Denn damit hat das Gericht entschieden: **es gibt ein Grundrecht auf Klimaschutz** bzw. auf Schutz vor den Folgen der Klimakrise. Es hat den Begriff der **Freiheit** mit dem Klimaschutz in Verbindung gebracht. Und es erklärt

die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klima-Abkommens mit seinem Urteil letztlich für verfassungsrechtlich verbindlich. Schon der Philosoph Immanuel Kant hat gesagt: „**Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.**“ Ein Satz der heute aktueller ist denn je. Unterlassener Klimaschutz bedroht die Freiheit kommender Generationen. Wer also das Klima schützt, schützt die Freiheit. Das ist ein zentraler Punkt. Nur wenn wir jetzt entschieden handeln, bleibt kommenden Generationen noch genug „Luft“ zu Leben. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt damit als Rechtsgrundsatz unser Credo „**Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt**“.

Ob der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts auch auf andere Bereiche übertragbar ist, bleibt abzuwarten. Aber die Debatte um endliche Ressourcen und die damit verbundene Frage der **Generationengerechtigkeit** drängt sich hier natürlich auf. Denn nicht nur das Budget an CO₂ ist begrenzt. Vor allem auch die Biodiversität ist endlich. Ressourcen wie Erze, Sand, Phosphor und seltene Erden sind ebenfalls irgendwann erschöpft. Wenn wir sie heute ohne Rücksicht ausbeuten, wird das

kommende Generationen in ihrer Freiheit beschränken. Vor diesem Hintergrund bekommt auch die Notwendigkeit der Abfallvermeidung, des überfälligen Einstiegs in die Kreislaufwirtschaft oder die Begrenzung des Flächenverbrauchs eine höhere Dringlichkeit.

Meine Damen, meine Herren,

wenn wir die **Pariser Klimaziele** einhalten wollen, müssen wir die Erderwärmung – im Vergleich zum vorindustriellen Wert – auf deutlich unter zwei Grad Celsius halten. Dafür müssen wir den CO₂-Ausstoß drastisch senken. In diesem Zusammenhang spricht man häufig über Fliegen, Plastikmüll, Fleischkonsum, Autofahren oder Kohlekraftwerke.

Weniger im Fokus steht dagegen das Bauen und Wohnen. Dabei entstehen etwa 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes durch die Baubranche. Aber nicht der Gebäudebau an sich verursacht Emissionen, sondern vielmehr die verwendeten Stoffe. Gerade die gängigsten Materialien wie Beton, Stahl oder Zement verursachen schon bei Produktion und Herstellung die sogenannten

grauen Emissionen und diese werden erneut frei, wenn Gebäude nicht erhalten bleiben, sondern abgerissen und deren Einzelteile entsorgt werden. Deshalb sollten wir auch weniger abreißen und Gebäude bauen, die Jahrhunderte überleben können. Sie befinden sich in einem. In Regensburg befinden sich nicht wenige Häuser, die bereits im 10. Jahrhundert wurden. Unsere Steinerne Brücke wird in absehbarer Zeit 900 Jahre alt. Sie sehen also, wenn man will, kann man sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau für eine halbe Ewigkeit bauen.

Jedes Jahr werden – alleine in Deutschland – 517 Millionen Tonnen mineralische **Rohstoffe** verbaut, darunter Kalk, Gipsstein, Kies und Sand. Gleichzeitig entstehen mehr als 200 Millionen Tonnen **Abfälle**, sowohl beim Bau als auch beim Abriss. **Die heutige Art zu Bauen ist nicht nachhaltig.** Bau und Betrieb von Gebäuden verursachen in Deutschland nicht nur ca. 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes, sondern auch 52 Prozent unseres Abfallaufkommens und verbrauchen 90 Prozent der mineralischen, nicht nachwachsenden Rohstoffe.

Entscheidungen über Modernisierungen oder Abriss und Neubau werden aktuell ausschließlich nach ökonomischen Kriterien getroffen – Energieverbrauch und CO₂-Emissionen werden nicht berücksichtigt. Die **Graue Energie** oder Primärenergie, die benötigt wird, ein Gebäude zu vom Fundament bis zum Dachziegel errichten, wird weitestgehend vernachlässigt. Sand und Kies, die wichtigsten Rohstoffe neben Wasser für die Bauindustrie frisst der Bauboom regelrecht auf. Laut Schätzungen des UN-Umweltprogramms steigt der Bedarf jährlich um 5,5 Prozent. Auch wenn es hierzulande reichlich **natürliche Vorkommen** gibt, so geht der Abbau zu Lasten unserer Umwelt. Und neue Kiesgruben oder Steinbrüche abzubauen, scheitert heute regelmäßig, weil die Anwohnerinnen und Anwohner dagegen Sturm laufen, dafür fehlt die Akzeptanz in unserer Gesellschaft. Das kann man beklagen oder man kann umsteuern.

Meine Damen, meine Herren, wir verbringen unser komplettes Leben in einer von Menschen gebauten und gestalteten Umwelt, der **Kulturlandschaft**: dazu gehören Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten, Fabriken, Kirchen, Plätze und Straßen. Auch die Natur

wird gestaltet, in Form von Parks oder Naherholungsgebieten. Die **gebaute Umwelt** bestimmt also maßgeblich unser aller Leben. Die Bauwirtschaft ist aus diesem Grund eine Schlüsselindustrie, weshalb ihr auch eine besondere Verantwortung zukommt, wenn es darum geht, den enormen Ressourcen- und Energieverbrauch weltweit stark zu reduzieren.

Doch wie kann das beispielsweise vor dem Hintergrund der ungebrochenen Nachfrage nach Wohnraum gelingen? Die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist die **soziale Frage der Gegenwart**. Wohnen ist keine Ware, sondern ein Recht und damit essenziell für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Seit Jahren wird es immer schwieriger, Wohnraum zu finden, den sich auch Menschen ohne hohe Einkommen leisten können. Mieten und Immobilienpreise gehen seit Jahren durch die Decke. Der Druck auf dem bayerischen Wohnungsmarkt ist enorm. Unter anderem wegen **steigender Bodenpreise** entstehen jedoch hauptsächlich hochpreisige Wohnungen. Gleichzeitig ist die Zahl der Sozialwohnungen weiterhin rückläufig. Denn die

Instrumente des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zielen zu sehr auf Wirtschaftsförderung mit „**sozialer Zwischennutzung**“ ab. Nach Ablauf und Tilgung der öffentlichen Darlehen verwandeln sich Sozial- in ganz normale Mietwohnungen und die Mieten dürfen gemäß Mietspiegel angepasst werden.

Weil in **Städten und Ballungsräumen** Wohnraum fehlt, müssen immer mehr Menschen ihre Wohnung aufgeben oder auf engerem Raum zusammenrücken. **Ländliche Räume** hingegen haben vielerorts Probleme, weil gerade junge Menschen wegziehen und Ortskerne veröden und Gebäude leer stehen. Trotz dieser Entwicklung wird in ländlichen Regionen meist mehr Bauland ausgewiesen und Eigenwohnraum - in Form von Einfamilien- und Zweifamilienhäuser - gebaut als nötig wäre. Jeder Neubau bedeutet Flächenverbrauch und -versiegelung. Der Freistaat Bayern gehört bundesweit zu den Spitzenreitern beim **Flächenverbrauch**. 11,6 Hektar – etwa 16 Fußballfelder – Äcker, Wiesen und Wälder verschwinden in Bayern täglich unter Beton und Asphalt. Damit ist der aktuelle Verbrauch mehr als doppelt so hoch

als die auch von der Regierungskoalition von CSU und Freien Wählern angestrebten fünf Hektar Fläche pro Tag.

Versiegelte Flächen zerstören wertvolle Lebensräume der Tier- und Pflanzenwelt, schaden Böden und begünstigen **Hochwasser**. Und auch davon können wir hier in Regensburg ein Lied singen. Stadt und Freistaat investieren in unserer Stadt viel Geld in den technischen Hochwasserschutz. Wir planen und bauen hier sehr viel und auch einen sehr ansehnlichen Hochwasserschutz. Wer einmal Gelegenheit hat, sich zum Beispiel anzuschauen, wie sich die Flusslandschaft entlang des Regens zwischen den Stadtteilen Steinweg und Reinhausen im Norden der Stadt mittlerweile präsentiert, wird begeistert sein. Aber: Aufgrund der zunehmenden Flächenversiegelung kommen die Hochwasser immer schneller und bringen unser Konzept mit mobilen Schutzelementen langsam aber sicher an seine Grenzen. Die Planungsvorgaben von vor 20 Jahren haben sich hinsichtlich der zunehmenden Schnelligkeit von Hochwasserereignissen überholt.

Aber auch die zunehmende Urbanisierung in Zeiten des Klimawandels hat gefährliche Folgen. Hitze, Feinstaubbelastung und Starkregen machen Städte zu gesundheitsgefährdenden Orten. Gerade in Ballungsräumen sind **Stadtnatur** und **soziale Gerechtigkeit** auf das Engste miteinander verbunden. Die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen und Ressourcen führen für finanziell benachteiligte Menschen zu höheren Gesundheitsbelastungen. Menschen mit wenig Einkommen leben oft da, wo die Belastung am größten ist, weil sie leben müssen, wo der Wohnraum billig ist. Verschärft wird die Situation durch die **Funktionstrennung** in Orten: die Aufteilung in Räume zum Wohnen, zum Einkaufen und zum Arbeiten. Das führt zur **Zersiedelung** und stark wachsende Distanzen, die überwiegend durch **motorisierte Mobilität** überbrückt werden müssen. Seit Jahrzehnten ist die Verkehrspolitik auf Zuwachs ausgerichtet: Straßenbau, Subventionen für Kraftstoffe, Steuervergünstigungen, immer mehr Lkw und ein enormes Wachstum des Luftverkehrs kennzeichnen diese umfassende Fehlentwicklung. Schmutzige Luft und Lärm, tägliche Staus, zahlreiche Verkehrsoffer und enorme Schäden für

Natur und Klima, die als „lästige Nebenerscheinungen“ des technischen Fortschritts immer noch in Kauf genommen werden.

Der Klimawandel wird schwerwiegende Folgen auf die gebaute Umwelt haben, das konnten wir bei der Flutkatastrophe im Ahrtal deutlich sehen. Die fortschreitenden Klimaveränderungen und Extremwetterereignisse erhöhen die **Anfälligkeit von Gebäuden**. Ohne Investitionen wird sich die Verwundbarkeit der Gebäude noch verstärken. Auch die Baubranche ist mit den direkten Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert. Extreme Niederschläge könnten zu **Bauverzögerungen** und entsprechend höheren Kosten führen. Der Klimawandel hat möglicherweise auch Auswirkungen auf die Länge der Bausaison. Auch der Bedarf an **Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten** wird aufgrund von Extremwetterereignissen zunehmen. Häufigere und stärkere Hitzewellen machen **Änderungen in der Gebäudeplanung** erforderlich, mit Auswirkungen auf Bauweisen und Architektur. Steigen die Temperaturen, steigt auch die Energienachfrage für die Klimatisierung.

Noch hält der Bauboom der letzten Jahre an, aber die dunklen Wolken sind längst am Horizont. Es fehlt das Baumaterial: Holz, Dämmmaterial, Kunststoffe, Stahlwolle, Bauschaum, Stahl oder Solarmodule sind derzeit Mangelware und die Preise schnellen entsprechend hoch. Ursache sind vor allem die **gestörten Lieferketten** durch die Corona-Pandemie und den Russland-Krieg. Angesichts der sich in Teilen Chinas immer wieder zuspitzende Corona-Lage ist mit keiner kurzfristigen Entspannung der Situation zu rechnen. Und die Lage der Menschenrechte dort zwingt uns auch dazu, Abhängigkeiten zu reduzieren. Hinzu kommen aktuell die **explodierenden Preise** für Strom, Gas, und Fernwärme sowie der **chronische Fachkräftemangel**. Die Ingenieurwissenschaften blicken bei der Entwicklung der Studierendenzahlen wohl noch (und die schöne Formulierung habe ich einer VDI-Broschüre entnommen) „auf eine stabile Seitwärtsbewegung auf hohem Niveau mit konstant steigender Tendenz.“ Andere Meldungen sprechen aber auch von weniger Zuspruch gerade bei den Studienanfängern. Und im Handwerk ist der Fachkräftemangel ohnehin dramatisch. Man kann also

durchaus sagen: Arbeit ist momentan zumindest noch genug da, aber es fehlen die Menschen.

Solange nicht genug bezahlbare Wohnungen gebaut werden, verhindert die Wohnraumknappheit vor allem in Ballungsräumen, dass sich angemessenen Mieten am Wohnungsmarkt bilden können. Das birgt zusätzlich **sozialen Sprengstoff**. Gleichzeitig haben wir im Jahr 2021 zum zweiten Mal in Folge das Sektorenziel im Klimaschutz verfehlt. Selbiges gilt aber auch für den Verkehrssektor. Der Weltklimarat hat zuletzt im April mit seinem IPCC-Bericht eindringlich zum Handeln gemahnt. Die Einhaltung des 1,5 Grad Ziels lässt sich nur noch bei größter Kraftanstrengung schaffen. Das heißt, wir müssen jetzt entschieden und schnell handeln. Ein scheinbar unlösbares Dilemma?

Meine Damen, meine Herren,

vor diesem Hintergrund ist klar, ein ‚Weiter so!‘ ist keine Option. Im Sinne künftiger Generationen brauchen wir eine **Bauwende**, besser gesagt eine Umbauwende. Dafür müssen wir unsere gebaute Umwelt **umdenken**,

umplanen und umwandeln, wollen wir mittel- und langfristig einen klimaneutralen Gebäudebestand, Mobilität und Energieversorgung auf den Weg bringen. An dieser Stelle kommt Ihnen eine entscheidende Rolle zu. Es sind **Fachleute** wie Sie, die Lösungen entwickeln und Vorhaben vor Ort umsetzen. Sie planen und bauen für Menschen, sind **Innovationstreiber und Problemlöser**.

Und ich bin der festen Überzeugung: **Je kleinteiliger die Branche aufgestellt ist, desto kreativer** wird das Zusammenspiel zwischen den Akteurinnen und Akteuren. In Bayern sind ca. 10.000 freischaffend tätige Architektinnen und Architekten, 16.000 Ingenieurinnen und Ingenieure (darunter rund 7.000 Kammermitglieder) sowie rund 14.000 Betriebe des Bauhauptgewerbes beheimatet. Insgesamt sind mehr als 200.000 Menschen in dieser Branche beschäftigt, die überwiegend kleinteilig strukturiert ist. Und jede Staatsregierung wäre gut beraten, alles dafür zu tun, dass solche Strukturen so gut wie möglich erhalten bleiben.

Die ausgeprägte regionale Aufstellung der kleinen und **mittelständischen Betriebe** in den Bereichen Bauplanung und Bauausführung stärkt zudem den ländlichen Raum, indem Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden, die Kommunen Gewerbesteuer erhalten und die Bauherren Ansprechpartner haben, die sich mit den regionalen Gegebenheiten auskennen. Eine zusammengefasste Vergabe von Planungs- und Bauleistungen an einen Auftragnehmer wird weder der Struktur noch den Kompetenzen der kleinteilig strukturierten Landschaft der Planungsbüros und der Betriebe des Bauhauptgewerbes gerecht. Hier sollte der Staat mit gutem Beispiel vorangehen.

Meine Damen, meine Herren,

ich habe vorhin gesagt, Sie sind Innovationstreiber und Problemlöser. Ich finde es sehr erfreulich, dass die Interessenvertretungen der Ingenieur*innen und Architekt*innen längst nachhaltiges Bauen propagieren und umfassende Lösungsansätze vorschlagen. Die **12 Forderungen für mehr Nachhaltigkeit am Bau** der Bayerischen Ingenieurekammer Bau oder die

Umbauordnung der Architects For Future (A4F) sollen hier nur beispielhaft genannt werden.

Meine Damen, meine Herren,

ein Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland zeigt, dass wir in einem Land leben, in dem die Bevölkerung eher schrumpft. In Bayern sieht das etwas anders aus, hier wird die demografische Schere in den nächsten Jahren weiter auseinandergehen. Während größere Städte und angrenzende Landkreise ein überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen haben, werden die Bevölkerungszahlen in ländlichen Gebieten trotz anhaltender Wanderungsgewinne eher stagnieren oder zurückgehen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie viel neuen Wohnraum brauchen wir wirklich. Das **Mantra „Bauen, Bauen, Bauen“** allein kann die wohnungspolitischen Probleme nicht lösen. Viel grundlegender ist jedoch, was für Wohnraum benötigt wird und welchem Umfang dafür überhaupt neue Flächen ausgewiesen und neue Gebäude errichtet werden müssen. Statt ungezügelter **„Bau-Panik“** ist Optimierung der Schlüssel in der Wohnungs- und Baupolitik.

„Bauflächen entstehen, auch wenn man sich nicht darum kümmert, Freiflächen verschwinden, wenn man sich nicht um sie kümmert.“ Dieses Zitat des Architekten Fritz Schumacher, Mitgründer des Werkbundes – das Zitat ist aus dem Jahr 1932 – verdeutlicht die Herausforderung der Gegenwart und der Zukunft.

In unseren Städten und Dörfern schlummert ein Potenzial für **Nachverdichtung** und bereits bebauten und brachliegenden Flächen, das bislang zu wenig genutzt wird. Eine Studie des Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR) aus dem Jahr 2012 schätzte bereits damals die Innenentwicklungspotenziale in Bayern auf 20.000 bis 30.000 ha. Das entspricht in etwa der Fläche, die in den letzten zehn Jahren für Wohnen neu in Anspruch genommen worden ist. **Wohnungsbau ohne Flächenfraß** ist auf Dächern, Park- und Sportplätzen sowie Flachbauten wie z.B. Supermärkten ohne weiteres machbar. Langfristig müssen wir von „Innen vor Außen“ zu „**Innen statt Außen**“ gelangen. Klassische Büronutzung könnte sich mit fortschreitender Digitalisierung verstärkt von den Arbeits- in den

Wohnbereich verlagern. Die Corona-Pandemie hat diesen Trend verstärkt und beschleunigt. Die **Umwandlung von Büroräumen** zu Wohnraum oder die Schaffung von **CoWorking-Spaces** im ländlichen Raum sind im Sinne der „Stadt der kurzen Wege“. In Orts- und Stadtzentren soll in Zukunft wieder mehr Platz Menschen sein, die sich sicher und bequem fortbewegen können. Wenn wir Flächensparen ernst nehmen, dann müssen wir ganz grundsätzlich wieder dichter und vor allem höher bauen. Dichte und Wohnqualität sind kein Gegensatzpaar, wie Sie hier in der Regensburger Altstadt erleben können. Hier wohnen innerhalb der historischen Stadtmauern nach der Stadterweiterung des Jahres 1400 wieder 15.000 Menschen auf engem Raum. Und die Altstadt ist das begehrteste, leider auch mit das teuerste Quartier in unserer Stadt.

Ein nachhaltiges Gebäude zeichnet sich durch seine hohe ökologische, ökonomische und sozio-kulturelle Qualität aus. Diese drei Aspekte bilden die drei Hauptsäulen der Nachhaltigkeit. Dieses Konzept lässt sich auch auf das Bauen übertragen. Klimaneutrales Bauen bedeutet eine ganzheitliche Betrachtungsweise

einzunehmen, über den gesamten **Lebenszyklus** eines Bauwerks hinweg. Das **Cradle-To-Cradle** Prinzip muss deshalb Grundlage für ein jedes Projekt sein. Um die Umweltauswirkungen von Bauprojekten besser vergleichbar und transparenter zu machen, gibt es das Zertifizierungssystem der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen, das für Neubauvorhaben sowie für Modernisierungen angewendet werden kann. Aber auch mit einer Zertifizierung allein ist es nicht getan. Die wichtigste **Bau-Regel für mehr Klimaschutz** lautet: weniger Abriss, mehr Recycling und qualitätsvolles Bauen im Bestand! Bauen soll vermehrt ohne Neubau auskommen. Statt nur neu zu bauen, wird das **Umbauen und Modernisieren** immer wichtiger. Die wesentliche Steuerungsgröße liegt nicht im Neubau, sondern im klugen Umgang mit dem Bestand und der Vermeidung von leichtfertigem Abriss. Dennoch liegt die Sanierungsrate in Deutschland seit Jahren bei nur knapp einem Prozent. Bestehende Gebäude binden aber wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit. Bei der Beurteilung der Nachhaltigkeit eines Bestandsgebäudes sollte deshalb nicht nur der aktuelle Energiebedarf für den Betrieb, sondern auch die bereits in den Mauern des

Gebäudes gebundene **graue Energie** berücksichtigt werden. Die Sanierung von Gebäuden und die Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärmeerzeugung haben ein riesiges Potenzial bei Kampf gegen die Erdüberhitzung. Angesichts von stark steigenden Energiepreisen für fossile Energien ist die Einsparung und Umstellung auf **erneuerbare Energien** nicht nur die beste Lösung für das Klima, für den Erhalt der Bausubstanz, sondern auch für dauerhaft bezahlbare Wärmekosten. Für eine effektive **Wärmewende** muss gleich das gesamte Quartier in den Fokus genommen und nicht nur am einzelnen Gebäude herumgeschraubt werden.

Ist der Abriss eines Gebäudes unumgänglich, ist die Recyclingfähigkeit von Bauprodukten und Bauarten entscheidend. Siedlungsflächen und ihre Infrastruktur sind das Materiallager der Zukunft, die Fundgrube für „**Urban Mining**“. Jede Stadt ist zugleich ein riesiger Baumarkt. Bauteile können aus der näheren Umgebung „geerntet“, überarbeitet und neu verbaut werden. Aber auch die Produktion klimabelastender Baustoffe, wie etwa Beton“, müssen reduziert und stattdessen recycelte Baustoffe eingesetzt oder durch **nachwachsende bzw.**

ökologische Materialien wie Holz, Hanf, Kork, Lehm, Flachs, Pilzen oder Schafwolle ersetzt werden. Die Klimakrise erfordert, dass wir unsere Siedlungen neu denken müssen. Denn die schon jetzt, und in Zukunft noch öfter auftretenden Extremwetterereignisse stellen uns vor große Herausforderungen. Statt Hitzeinseln in Asphalt- und Betonwüsten braucht es Entsiegelung und klimatisch günstige Siedlungsstrukturen. Wir brauchen nicht nur eine „Doppelte“ sondern sogar eine „**Dreifache Innenentwicklung**“, die neben Wohnraumversorgung und Freiflächensicherung die **grün-blaue Infrastruktur** und das Prinzip der **Schwammstadt** berücksichtigt. Nicht nur im Quartier, sondern auf jedem einzelnen Grundstück ist die Freiflächenplanung ein wichtiger Faktor. Und das ist gerade hier in der dichtbebauten Altstadt eine richtige Herausforderung.

Es ist nun an der **Politik**, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Zusammen haben wir es in der Hand, das Ausmaß der Klimakrise einzudämmen und damit die Grundlagen unseres Lebens, unseres Wohlstandes und unserer Freiheit zu bewahren. Je entschiedener wir jetzt handeln, desto

besser können wir schützen was uns lieb und teuer ist. Aber auch technische Lösungen allein werden nicht ausreichen, sondern es braucht auch Veränderungen unserer Lebensweisen und unserer **Wohlstandserwartungen**. In diesem Zusammenhang gehört es ebenfalls zur Ehrlichkeit dazu, dass es ohne Regulation und Verzicht nicht funktionieren kann. Man kann und muss vielleicht auch Wohlstand anders definieren. Für mich und vermutlich auch viele von Ihnen bedeutet Wohlstand, freie Zeit zu haben, die man mit Partner, Familie oder anderen lieben Menschen verbringen kann. Wohlstand ist bei weitem nicht nur etwas Materielles.

Zunächst lautet die Ausgangsfrage: Wie wollen wir künftig leben? Die Antwort mag für jede und jeden Einzelnen leicht zu beantworten sein, aber die Umsetzung im Sinne des Gemeinwohls und künftiger Generationen stellt sich schon schwieriger dar. Martin Luther King hat einst gesagt: **„In jeder Krise gibt es nicht nur eine Chance, sondern auch eine Möglichkeit“**.

Eine **Chance** ist eine günstige Gelegenheit oder Glücksfall. Die Möglichkeit ist die Realisierbarkeit im theoretischen und praktischen Sinne. Angesichts der Krisen, die wir aktuell zu bewältigen haben, allen voran die Dauerherausforderung Klimawandel, bin ich zuversichtlich und sehe sogar viele Chancen und viele **Möglichkeiten** für unsere Gesellschaft, diesen zu begegnen und gestärkt daraus hervorzugehen. Das gilt vor allem für die Baubranche, wenn es gelingt, nachhaltiges Bauen als Standard zu etablieren. Dafür braucht es Engagement auf allen politischen Ebenen: von der EU, über den Bund und die Länder bis hin zur kommunalen Ebene.

Ich fang mal bei **Europa** an. „Green Deal“ ist das Stichwort. Die Europäische Union befindet sich schon seit einigen Jahren im Krisenmodus. Über Jahrzehnte hinweg wurde der **europäische Einigungsprozess** von einem weithin akzeptierten grundlegenden Einvernehmen getragen, heute muss er immer neu begründet, beworben und verteidigt werden, vor allem in Kontext von Krisen: die Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2008, die Migrationskrise, die Rechtsstaatlichkeitskrise, der Brexit

und dann die Herausforderungen der Corona-Pandemie. Seit dem 24. Februar ist die Welt eine andere, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein brachialer Angriff auf unsere Freiheit, unsere gemeinsamen europäischen Werte, auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und der Versuch, eine diktatorische Herrschaft auszudehnen.

Plötzlich steht das Motiv der **Friedenssicherung** in Europa wieder im Fokus. Die Rückbesinnung darauf ist eine große Chance für die europäische Integration. Ob diese gelingt, ist vor allem eine Frage der sozialen Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten. Aus klima-, wirtschafts- und verbraucherpolitischen Gründen muss dafür auch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert werden. Die Beschleunigung der Energiewende ist somit auch eine Frage der europäischen und nationalen Sicherheit. Mit dem **Green Deal** hat die EU das bisher anspruchsvollste Programm zum Klimaschutz vorgelegt, das ein guter Startpunkt ist, der jetzt aber nicht verwässert, sondern weiter verbessert werden muss. Insbesondere in Hinblick auf eine konsequente Reform

des Europäischen Emissionshandels, eine ambitionierte Reform der Flottengrenzwerte, die Stärkung der europäischen Wind- und Solarindustrie sowie eine sozial gerechte Ausgestaltung des Green Deals. Die EU muss zur Klimavorreiterin werden und gleichzeitig die Klimaaußenpolitik aktiv vorantreiben.

Mit der „**Renovation Wave**“ oder „Renovierungswelle“ will die EU-Kommission die Schlagzahl an energetischen Sanierungen in den nächsten zehn Jahren verdoppeln – und gleichzeitig die Wohnqualität verbessern und neue Arbeitsplätze schaffen. Dies wird dazu beitragen, die Lebensqualität der Menschen, die in diesen Gebäuden leben und sie nutzen, zu erhöhen, die Treibhausgasemissionen in Europa zu verringern, die Digitalisierung zu fördern und mehr Stoffe wiederzuverwenden und zu recyceln. Ziel ist es bis 2030 35 Millionen Gebäude zu renovieren und bis zu 160.000 zusätzliche grüne Arbeitsplätze im Baugewerbe zu schaffen.

Zudem wurde unter dem Titel „**Neues Europäisches Bauhaus**“ (NEB) ein ebenfalls ambitionierter Prozess

eingeleitet, der einen Beitrag zur Umsetzung der Renovierungswelle und damit der Zielsetzung des europäischen Green Deals leisten soll. Als zentrale Aspekte des Neuen Europäischen Bauhauses werden Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusivität aufgerufen. So präsentiert sich die Initiative als ökologisches, wirtschaftliches und zugleich kulturelles Projekt und versteht sich als Kreativitätsinitiative, mit der die Grenzen zwischen Wissenschaft und Technologie, Kunst, Kultur und sozialer Inklusion überwunden und mithilfe von interdisziplinärem Handeln neue Lösungen für Alltagsprobleme erarbeitet werden sollen. Die Initiative adressiert die Transformation des Bauwesens als eine Gemeinschaftsaufgabe, und es geht klar um einen Kulturwechsel. Der Rückbezug auf das vor 100 Jahre von Walter Gropius in Weimar gegründete „Bauhaus“ soll verdeutlichen, dass es sich beim Green Deal und den erforderlichen Paradigmenwechsel um keine technokratische oder rein ökonomische Angelegenheit handelt, sondern ein integrativer und ganzheitlicher Ansatz verfolgt wird. Walter Gropius erkannte damals: **„Die Krankheit unserer heutigen Städte und Siedlungen ist das traurige Resultat unseres**

Versagens, menschliche Grundbedürfnisse über wirtschaftliche und industrielle Forderungen zu stellen.“ Das Neue Europäische Bauhaus bietet nun wieder die Möglichkeit, auszubrechen aus alten Denkmustern und neue Wege zu gehen. Die Innovationskraft hier bei uns im Freistaat zeigt sich schon allein dadurch, dass zu den von EU-Kommission ausgewählten fünf Leuchtturmprojekten zum Neuen Europäischen Bauhaus das **Projekt „Creating NEBhourhoods together“** in München Neuperlach gehört. Das Projekt in München-Neuperlach soll den Stadtbezirk auf die Zukunft des Europäischen Green Deals vorbereiten. Dabei soll auf den Stärken des Stadtteils mit ausgedehnten Grünflächen und einem ausgeprägten Gemeinschaftssinn aufgebaut werden.

Und ich finde, gerade Siedlungen wie Neu-Perlach oder in Regensburg Königswiesen, das sind zwar Hochhaussiedlungen, wie man sie heute nicht mehr bauen würde. Aber sie haben eine **Wertigkeit**, da gibt es viel Grün, da lässt es sich eigentlich gut wohnen. Und da sollten wir eben nicht wie Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger abfällig von Mietskasernen sprechen, sondern

den Bewohnerinnen und Bewohnern vermitteln, dass sie stolz darauf sein können, dort zu wohnen. Ich war kürzlich in **Wien**, und im Gemeindebau zu wohnen, ist kein Makel. Im Gegenteil. So empfinden es die Wienerinnen und Wiener. Davon sollten wir lernen. Insofern muss der Fokus auf der Gebäuderenovierung und Integration liegen.

Im Rahmen des **„Fit for 55“-Programm** wurde ein Vorschlag für eine Neufassung der EU-Gebäuderichtlinie vorgelegt, mit dem die Vorschriften zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden mit dem europäischen „Green Deal“ in Einklang gebracht und der Gebäudebestand bis 2050 dekarbonisiert werden soll. Die Gebäuderichtlinie sieht die Einführung von Mindesteffizienzstandards vor. Dieses Instrument schließt eine wichtige Lücke der bisherigen Klimaschutzbemühungen im Gebäudesektor, da es gezielt den Fokus auf Bestandsgebäude setzt und hier die Sanierung der schlechtesten Gebäude (**„worst first“**) über das nächste Jahrzehnt priorisiert.

Damit die EU künftig nicht mehr auf russische Importe für Energiegewinnung angewiesen ist, soll unter dem Schlagwort „**RePowerEU**“ ein schneller Ausbau erneuerbarer Energiequellen vorangebracht werden. Dafür will die EU-Kommission bis 2030 300 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Der Energieplan soll zudem als zusätzlicher Turbo für den Green Deal wirken. Zugegeben, diese Ziele sind ambitioniert, aber wir können sie durch eine gemeinsame Kraftanstrengung meistern.

Meine Damen, meine Herren,

jetzt zum **Bund**. Stichwort: **Mehr Fortschritt wagen**

Die Initiativen auf europäischer Ebene sind zugleich Turbo für die Umsetzung der Energiewende und Klimaneutralität auf nationaler Ebene. Die Ampel-Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag „**Mehr Fortschritt wagen**“ dem Klimaschutz oberste Priorität eingeräumt. Denn Klimaschutz sichert Freiheit, Gerechtigkeit und nachhaltigen Wohlstand. Das Leitmotiv des Koalitionsvertrags erinnert bewusst an ein berühmtes Zitat aus der ersten Regierungserklärung von

Bundeskanzler Willy Brandt: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Nach dem ersten Machtwechsel der Bonner Demokratie hat Brandt mit diesen Worten den damaligen Zeitgeist geprägt: Mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung, mehr Wohlstand. Das weckte in der Bevölkerung viele verschiedene Erwartungen. Das Mehr-Demokratie-Versprechen bereitete beispielsweise den Boden für die neuen sozialen Bewegungen, aus denen auch die Grünen hervorgegangen sind.

Was heißt „Mehr Demokratie wagen“ in der heutigen Zeit unter anderen Bedingungen? Wohl nichts anderes als vor mehr als 50 Jahren: **Wahrhaftigkeit, Transparenz und Partizipation**. Sich auf den Boden der Tatsachen stellen. In den Worten von Willy Brandt: **Den Mut aufbringen zum Erkennen dessen, was ist, und den Mut, die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie bitter ist**. Mit bitteren Wahrheiten sind wir aufgrund der aktuellen Lage gerade hinreichend konfrontiert, dennoch dürfen wir uns davon nicht entmutigen lassen, sondern sie als Chance begreifen, jetzt die richtigen Weichen zu stellen: Raus aus der Energieabhängigkeit, rein in eine sichere und saubere Energieversorgung.

Mit dem Energiesofortmaßnahmenpaket mit dem schönen Namen „**Osterpaket**“ bringt die Ampelkoalition zahlreiche Maßnahmen auf den Weg, die den Ausbau der erneuerbaren Energien entfesseln und den Abschied von fossilen Energieträgern beschleunigen soll. Das Kernstück des Vorhabens ist die umfassendste Novellierung des EEG der vergangenen 20 Jahre. Es umfasst höhere Ausbaumengen und bessere Finanzierungsoptionen für Wind- und Solarenergie. Es soll mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen und Kommunen schaffen. Das ist essenziell, denn wir wollen bis 2030 einen Erneuerbaren-Anteil von 80 Prozent im Stromsektor erreichen. Dafür brauchen wir zum Beispiel eine Vervierfachung der Leistung bei Solaranlagen. Klar ist auch, dass ein Ausbau nicht um jeden Preis geschehen darf, sondern im **Einklang mit dem Naturschutz** stehen muss. Dafür sollen Genehmigungsverfahren durch klare, anspruchsvolle Kriterien unter Wahrung ökologischer Schutzstandards effizienter und transparenter werden.

Mit dem Ausbau von Wind- und Solarenergie gewinnen wir gleich doppelt: Weniger CO₂ heißt weniger Abhängigkeit von fossilen Energien autokratischer Regime. Denn Klimaschutz und die Verringerung unserer Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Jedes Windrad, jede Photovoltaik-Anlage, die auf der Welt gebaut wird, verringert Importabhängigkeiten, schafft **Wertschöpfung von Ort** und führt dazu, dass die Preise für die Erneuerbaren immer weiter sinken. Bei Neuinvestitionen sind die Erneuerbaren schon heute klar ökonomisch im Vorteil und die Nachfrage nach grünem Strom wächst. Diesen Weg gilt es weiter konsequent zu beschreiten. Auch und gerade nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, der dem Umbau auf Erneuerbare noch einmal zusätzliche Notwendigkeit gibt.

Der Weltklimarat fordert einen weltweiten und wirtschaftsweiten Strukturwandel. Aus dem Weltklima-Bericht geht klar hervor, dass die positiven Wirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung noch größer sind, als bislang angenommen wurde. Auch deshalb gilt es jetzt die im Koalitionsvertrag

vereinbarten Klimaschutzmaßnahmen zügig umzusetzen. Dazu gehört auch, die Weichen auf klimaneutrales Bauen und Wohnen zu stellen, das zugleich sozialverträglich ist.

Die Wohnraumknappheit verhindert angemessene Mieten am Wohnungsmarkt. Deshalb will die Ampel-Koalition 400.000 Wohnungen, davon **100.000 Sozialwohnungen pro Jahr** neu bauen. Die Bedeutung des Themas verdeutlicht schon allein daran, dass es erstmals auf Bundesebene ein eigenständiges Ministerium für Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung gibt. In der vergangenen Legislaturperiode wussten selbst viele aus der CSU nicht, wer eigentlich der für Bauen und Wohnen zuständige Minister ist, obwohl es einer von ihnen war.

Meine Damen und Herren,

bis 2026 sollen zudem für den sozialen Wohnungsbau 14,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Zur Realisierung dieser Herkulesaufgabe wurde das **Bündnis bezahlbarer Wohnraum** ins Leben gerufen. Im

Vergleich zu den Vorgängerformaten ist vor allem die neue Akteursvielfalt in diesem Bündnis sehr zu begrüßen. Ziel des Bündnisses ist es, das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel, das Bauen und Wohnen der Zukunft bezahlbar, klimaneutral, nachhaltig, barrierearm innovativ und mit lebendigen öffentlichen Räumen zu gestalten, zu unterstützen und die gesellschaftlichen Kräfte so zu bündeln, dass die notwendigen Impulse für den Wohnungsbau gesetzt werden.

Durch eine Änderung des **Gebäudeenergiegesetzes (GEG)** sollen stufenweise klimagerechte Standards eingeführt werden. Zugegeben, die Irritationen um die Fortsetzung der KfW-Gebäuförderung zu Beginn des Jahres sind im Hinblick auf die Bautätigkeit nicht förderlich. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der EH55-Standard sich längst auf dem Neubaumarkt durchgesetzt hat und keiner zusätzlichen Förderung mehr bedarf. Heutzutage gibt es viel bessere Effizienzklassen, deren Förderung uns schneller auf den richtigen Klimapfad bringt. Energiepolitisch hätte sie schon längst abgeschafft werden müssen. Eine Förderung muss zukünftig wirksamere Anreize für eine deutliche höhere

CO₂-Einsparung setzen. Das Programm „**Klimafreundliches Bauen**“ als Nachfolge der bisherigen Programme soll spätestens 2023 starten. Diese zukünftige Förderung soll sich dann an den Treibhausgasemissionen pro Quadratmeter Wohnfläche orientieren.

Das größte Einsparpotenzial liegt im Gebäudebestand, weshalb es entscheidend ist, die Sanierungsförderung entsprechend auszugestalten, so dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Das gilt auch für die gerechte Verteilung des CO₂-Preises zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen in Form des **Stufenmodells**, das die energetische Qualität des jeweiligen Gebäudes in den Fokus stellt: je höher die CO₂-Emissionen des Gebäudes, desto höher ist der Anteil, den die Vermieter an den CO₂-Kosten tragen müssen – desto geringer der entsprechende Anteil der Mieterinnen und Mieter. Einen Schub zur Sanierung des Gebäudebestandes kann das serielle und modulare Bauen und Sanieren leisten. **Digitalisierung** ist der Schlüssel, um Planungs- und Genehmigungsprozesse priorisiert umzusetzen und IT-Schnittstellen zwischen

Bund und Ländern zu standardisieren. Die Potenziale der Digitalisierung können gleichzeitig zur Nachhaltigkeit beitragen. Zum Beispiel durch den Einsatz **Digitaler Zwillinge**, um den Verbrauch an Ressourcen zu reduzieren.

Meine Damen, meine Herren,

als ich vor fast neun Jahren erstmals in den Bayerischen Landtag gewählt worden war, ist mir – mit meinem Regensburger Erfahrungshintergrund – noch einmal so richtig bewusst geworden, wie unterschiedlich, wie heterogen Bayern im Bereich Bauen und Wohnen aufgestellt ist. Deshalb muss im Freistaat beim Bauen ein breiter Instrumentenkasten vorgehalten werden, damit Menschen in der Stadt und auf dem Land gut leben können. Dieser beginnt bereits mit den Rahmenbedingungen in Form der **Landes- und Regionalplanung**. Der aktuell von Seiten des Wirtschaftsministeriums vorliegende Vorschlag für die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms reicht bei Weitem nicht aus, um Bayern in den kommenden Jahren und Jahrzehnten klimaneutral zu

machen, den Flächenverbrauch zu senken oder eine attraktive Daseinsvorsorge für alle gesellschaftlichen Gruppen überall in Bayern sicherzustellen. Angesichts der großen und dringlichen Herausforderungen ist ein kompletter Neustart der Landes- und Regionalplanung in Bayern notwendig. Die Initiative „**Wege zu einem besseren LEP in Bayern**“, die auch von Ihrem Verband getragen wird, hat dazu umfangreiche und zukunftssträchtige Vorschläge gemacht, die es nun umzusetzen gilt.

Die Prinzipien der Deregulierung, Entbürokratisierung und Verschlinkung haben auch die örtliche Raumplanung durchdrungen. Dazu zählen die zahlreichen Liberalisierungen in der **Bayerischen Bauordnung**, die Praxis „schlanker“ Bebauungspläne und möglichst wenigen städtebaulichen Vorgaben und größter Freiheit der Bauträger sowie Zulassung von Befreiungen. Auch mit der letzten Novelle der Bauordnung 2021 hat man die Chance verpasst, das **Bauen im Bestand** und den **Ausbau erneuerbarer Energien** zu stärken (Abschaffung 10H oder Solarpflicht). Gerade im Hinblick auf die erforderliche Nachverdichtung

und Verkürzung der Abstandsflächen braucht es verbindliche Freiflächengestaltungspläne, Gebäudebegrünung und bauliche Maßnahmen zur Klimaanpassung. Eine Beschleunigung von Verwaltungs- und Planungsprozessen erfordert vor allem eine schnelle und flächendeckende **Digitalisierung** der Bauverwaltung durch Building Information Modeling hin zum virtuellen Bauamt.

Die Veränderung im Umgang mit Flächen und Bauformen braucht neben konkreten administrativen Maßnahmen vor allem einen kulturellen Wandel. Aktuell dominiert weiterhin eine auf Einfamilienhäusern beruhende Baukultur als angeblich „typisch ländliche Siedlungsweise“, das dazu geführt hat, dass das **Einfamilienhaus** von vielen als Maß aller Dinge gesehen wird. Selbst hier in der Stadt Regensburg haben wir vor 2010 am Stadtrand in nicht unerheblichem Umfang in Bebauungsplänen noch Einfamilienhaussiedlungen am Stadtrand projektiert wie in Burgweinting. Mittlerweile bauen wir wieder wie in einer Stadt, dichter und höher.

Dabei geht es mir und anderen meiner Partei nicht darum das Einfamilienhaus zu verteufeln oder gar zu verbieten. Eine ehrliche Einfamilienhaus-Debatte dreht sich darum, bestehende Häuser weiter zu nutzen, um- und auszubauen. Neue Häuser können dort, wo Neubau grundsätzlich noch Sinn macht, verdichtet gebaut werden oder Lücken füllen. Und der Traum vom familiengerechten Eigenheim lässt sich auch im mehrgeschossigen Wohnungsbau mit großzügigen Balkonen und qualitativen Freiflächen verwirklichen. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass sich nicht alle Menschen den Traum von den eigenen vier Wänden verwirklichen können, oder aber auch wollen. Deshalb braucht es ein **vielfältiges und dauerhaft preisstabiles Wohnungsangebot** für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Lebensphasen, das den Bedürfnissen einer modernen, sozial- und umweltgerechten Gesellschaft entspricht. **Gemeinschaftliches Wohnen**, die Verbindung von Wohnen und Arbeiten oder auch Wohnformen mit sozialem oder kulturellem Anspruch werden zunehmend nachgefragt und können in unterschiedlichen Rechtsformen wie zum Beispiel den Genossenschaften

realisiert werden. Der staatlichen Wohnraumförderung kommt hierbei eine entscheidende Rolle zu. Schließlich haben laut Bayerischem Wohnraumförderungsgesetz ca. 60 Prozent der bayerischen Haushalte Anspruch auf eine bezahlbare, auf eine öffentlich geförderte Wohnung.

Um das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2040 zu erreichen, ist eine Kombination aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien notwendig. Gleichzeitig verfügt der Freistaat über erhebliche Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der Wärmeversorgung für Gebäude. Durch ein modernes und innovatives **Wärmegesetz für Bayern** mit klaren Zielen und Maßnahmen für die nächsten Jahre, wie einen Sanierungsfahrplan für alle Gebäude und einen Stufenplan zur Qualität der energetischen Sanierung und zum Anteil der erneuerbaren Energien könnte der **Wärmewende** Schwung verliehen werden. Durch eine Neuausrichtung der Mobilitätspolitik in Bayern können wir ebenfalls zur Erreichung der Klimaziele beitragen sowie die Lebensqualität in unseren Gemeinden und Städten deutlich erhöhen. Hierfür müssen wir den fossilen Brennstoffen wegkommen und die Abhängigkeit vom

Auto verringern. Eine reine Antriebswende reicht nicht aus. Zentraler Punkt der **Verkehrswende** muss daher die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf den Umweltverbund sein, den es sofort und massiv auszubauen gilt. D.h. Infrastruktur für bequemen und sicheren Fuß- und Radverkehr und ein großflächiger barrierefreier Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Der Erfolg **des 9-Euro-Tickets** zeigt ja, dass die Menschen, wenn das Angebot stimmt, durchaus auf Bus und Bahn umsteigen. Nebenbei schafft diese Transformation viele, neue zukunftssichere und innovative Arbeitsplätze in der Bau-, Fahrzeug-, und Verkehrsbranche.

Noch ein kleiner Ausblick auf das, was wir kommende Woche im Landtag, in meinem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr, diskutieren werden, im Rahmen einer Expertenanhörung. Ihre Kolleginnen und Kollegen von der Bayerischen Architektenkammer haben sich zum Thema Baukosten, Normen, Regeln spannende Gedanken gemacht. Wie können wir künftig normenreduziert, experimentell und kostengünstig bauen? Was ist dafür wesentlich? Und welche

grundsätzlichen Regeln können wir dafür aufstellen? Wesentliche Idee ist es, in der Bayerischen Bauordnung eine **Gebäudeklasse „E“** zu ergänzen. Auf diese Anhörung, die Diskussion dazu und wie wir (damit meine ich die einzelnen Fraktionen, die Staatsregierung) dann politisch damit umgehen, bin ich schon sehr gespannt.

Normen und Vorschriften bewegen sich ja scheinbar spiralartig nach oben, und wir haben in den vergangenen Jahren viel über **Baukostensenkung** gesprochen, es gab sogar eine Kommission. Mit überschaubarem Erfolg. Die Vorstellung, dass man alle in Deutschland und der Europäischen Union geltenden Bauvorschriften einer Überprüfung und Entschlackung unterziehen könnte, halte ich für weltfremd. Der Vorschlag eines Gebäudetyps „E“ könnte jedoch den gordischen Knoten durchschlagen und somit neue Perspektiven und Möglichkeiten eröffnen.

Auch für Kommunen und deren Verwaltungen wäre das sicher eine Herausforderung aber auch eine große Chance, Bauanträge schneller bearbeiten zu können. In der Landespolitik sind wir ohnehin gut beraten, den Blick

auf unsere Städte und Gemeinden zu richten. Die **Kommunen** sind auch ein Reißbrett für Nachhaltigkeit.

Die politisch vereinbarten **Nachhaltigkeitsziele** in den Bereichen Biodiversität, Klimaschutz, Mobilität und soziale Gerechtigkeit sind ohne starke Beiträge der kommunalen Ebene nicht zu erreichen. Viele Städte und Gemeinden richten ihre Stadtentwicklung an den Prinzipien der Nachhaltigkeit aus und sind damit Vorbild und Inspiration für andere. Wir in Regensburg nehmen diese Herausforderung an. Und wir Grüne hier im Stadtrat achten mit Argusaugen darauf, wie die politischen Beschlüsse im Verwaltungshandeln Niederschlag finden. Beschlossen ist beispielsweise, dass die Auswirkungen auf das Klima bei jedem Projekt überprüft und in allen relevanten Stadtratsvorlagen dargestellt werden. Und es soll die Stadtverwaltung bis 2030 klimaneutral werden, städtische Töchter und die Gesamtstadt dann 2035.

Ein weiteres für Bayern interessantes Projekt: Eine **Internationale Bauausstellung (IBA)** in der Metropolregion München als Reallabor für eine zukunftsorientierte Raum- und Stadtentwicklung unter

dem Motto „Mobilität“ ist eine große Chance. Als renommiertes und international beachtetes Instrument der Stadt- und Regionalentwicklung kann eine IBA Blaupause für überregional übertragbare Lösungen sein.

Aber auch abseits der Städte und Metropolregionen arbeitet man Ideen und Lösungen für eine nachhaltige Zukunft. Im Geschichtspark Bärnau-Tachov in der nördlichen Oberpfalz entsteht gerade ein **Naturdorf für nachhaltiges Bauen**. Dabei soll die altbewährte Art zu bauen – mit traditionellen Handwerkstechniken und regionalen Materialien – auf die Moderne übertragen werden. Dass beispielsweise der Baustoff Lehm eine bedeutende Renaissance erleben wird, wurde mir auch gestern beim Besuch der Fakultät Architektur an der OTH Regensburg bewusst. Gerade was Baustoffe angeht, sollten wir bereits heute bei der Planung die zu erwartende CO₂-Bepreisung einkalkulieren. Weil mancher heute gern verwendeter Baustoff, der hohe **Kohlendioxidemissionen** mit sich bringt, schon morgen sehr teuer sein wird und die Kosten für das Gesamtprojekt dann davonlaufen.

Jetzt kommt der Satz, den einige von Ihnen möglicherweise schon lange ersehnen:

Ich komme zum Schluss. Mit einem Zitat. Auf Latein.

“Non nobis solum nati sumus.” Wir sind nicht für uns allein geboren, wir handeln nicht für uns allein. Mit diesen Worten hat es Cicero bereits auf den Punkt gebracht. Was wir als Gesellschaft heute entscheiden und tun, reicht weit über unseren eigenen Horizont, wirkt weit in die Zukunft hinein. Die Frage heißt: (Die ist jetzt auf Englisch) **Transformation by Disaster or by Design?** Wir haben es jetzt in der Hand, unsere gebaute Umwelt so zu planen und zu gestalten, dass wir unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft hinterlassen. Wir müssen viel Althergebrachtes über Bord werfen und Neues wagen. Und eins ist klar: Wir und insbesondere Sie werden sehr viel Kreativität brauchen. Aber es lohnt sich. Weil: Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, heute Gewinne auf Kosten von morgen zu machen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!